

EXTRA: Streit um die Miedelsbacher Ortsumfahrung

Erklärung des Tages

Die Planung ist nicht gestoppt

Mit der Klarstellung „Die Planung der Ortsumfahrung Miedelsbach ist nicht gestoppt“ hat die Presseabteilung des baden-württembergischen Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur auf die Diskussion im Schorndorfer Gemeinderat und die in dieser Diskussion gegenüber Staatssekretärin Gisela Splett erhobenen Vorwürfe reagiert. Was bedeutet: Wie mit dem Regierungspräsidium vereinbart, darf die Stadt fortfahren, die Entwurfsplanung zu erarbeiten. Erst nach Abschluss dieser voraussichtlich mehrjährigen Planungsphase stelle sich die Frage nach dem Baurechtsverfahren. Und da wird von Seiten des Ministeriums eingeräumt, dass auf Nachfrage eines von den Umfahrungsgegnern im Wieslauf eingeschalteten Hamburger Rechtsanwaltsbüros deutlich gemacht worden sei, dass es das Ministerium bei einem so großen und komplexen Landesstraßenprojekt für angezeigt halte, auch im Interesse einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit ein Planfeststellungsverfahren durchzuführen. Das sei das übliche und für Landesstraßen grundsätzlich vorgesehene Verfahren, heißt es in der Pressemitteilung des vom Grünen Winfried Hermann geleiteten Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur. Dies hieß in der Tat, dass die Stadt nach der Entwurfsplanung nicht in ein planfeststellungsersetzendes Bebauungsplanverfahren einzusteigen könnte.

Fakt sei, heißt es in der Stellungnahme des Ministeriums auch, dass die Ortsumfahrung Miedelsbach 2013 in den Maßnahmenplan Landesstraßen zum Generalverkehrsplan aufgenommen wurde. Im Bauprogramm 2015 bis 2019 habe das Projekt aber schon aufgrund fehlender Planungsreife nicht aufgenommen werden können.

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
HANS PÖSCHKO

Schorndorf. Dass die grüne Staatssekretärin im Verkehrsministerium, Gisela Splett, das Regierungspräsidium angewiesen hat, die Zusage zurückzuziehen, dass die Stadt die rechtlichen Grundlagen für die Ortsumfahrung Miedelsbach mit einem sogenannten planfeststellungsersetzenden Bebauungsplanverfahren schaffen darf, hat im Gemeinderat für mächtig Wirbel und Getöse gesorgt.

Klar ist für die Stadt, dass sie ungeachtet dieser Intervention der Staatssekretärin die bereits begonnene Entwurfsplanung für eine Umgehungsstraße, die komplett auf Schorndorfer Gemarkung verlaufen soll, fortgeführt werden soll. In einem Spitzengespräch im Regierungspräsidium war darüber hinaus vereinbart worden, dass anschließend auf ein Planfeststellungsverfahren verzichtet und stattdessen ein Bebauungsplanverfahren durchgezogen wird, wie das auch schon bei der Ortsumfahrung Haubersbronn praktiziert worden ist. Dass die Staatssekretärin diese Vereinbarung ohne auch nur ein einziges Gespräch mit der Stadt gekippt hat, wollen der Oberbürgermeister und die große Mehrheit des Gemeinderats nicht so ohne Weiteres hinnehmen, zumal sie vermuten, dass die Grünen vor Ort, die gegen die Ortsumfahrung sind, über ihre Landtagsabgeordnete Petra Häfner Einfluss auf die Staatssekretärin genommen haben.

Deshalb will die Stadt jetzt von Verkehrsminister Winfried Hermann wissen, ob die Staatssekretärin eigenmächtig ge-

Grüne Staatssekretärin als Feindbild

Weil sie eine zwischen Stadt und Regierungspräsidium ausgehandelte Vereinbarung zum Planungsverfahren nicht akzeptiert



Die Ortsumfahrung lässt noch ein paar Jahre auf sich warten, durchgängig Tempo 30 in der Ortsdurchfahrt soll bald angeordnet werden.

Bild: Mogck

Vorentwurf für die Ortsumfahrung Miedelsbach



Quelle: Stadt Schorndorf

handelt hat oder ob ihrer Entscheidung ein geordnetes Verfahren im Verkehrsministerium zugrunde liegt und ob es einen grünen Kabinettsbeschluss gibt. Für den Oberbürgermeister („Ich hätte nicht gedacht, dass Grün-Rot so mit uns umgeht“) ist diese Frage von so grundsätzlicher Bedeutung, dass er auch den Städtetag und die Landtagsabgeordneten der anderen Fraktionen informieren will. „Wenn es eine Einzelentscheidung der Staatssekretärin war, dann freue ich mich schon auf die politische Auseinandersetzung“, sagte im Gemeinderat Matthias Klopfer mit Blick auch auf den kommenden Landtagswahlkampf. Von den kommunalpolitischen Diskussionen, die es in der Stadt um die Ortsumfahrung Miedelsbach noch geben wird, ganz zu schweigen. Wissen will die Stadt in diesem Zusammenhang auch, wie es aktuell um die Priorisierung der Ortsumfahrung bestellt ist.

Verkehrsministerium verlangt einen Lärmaktionsplan

„Wenn sich die Grünen schon mal dazu aufraffen, eine Straße zu priorisieren, kann's nicht sein, dass so ein Projekt von einer Staatssekretärin ausgebremst wird“, meinte CDU-Fraktionschef Hermann Beutel, nachdem zuvor SPD-Stadtrat Thomas Berger an der Entscheidung von Gisela Splett sowohl die fehlende Kommunikation als auch die fehlende inhaltliche Begründung („Es hat sich fachlich doch nichts geändert“) kritisiert hatte. Mit Blick darauf, dass der Stadt ebenfalls vom Verkehrsministerium ein von der Ratsmehrheit zunächst nicht für zwingend erachteter Lärmaktionsplan zur Auflage gemacht worden ist, meinte Hermann Beutel, es sei „ein Widerspruch, ein Straßenprojekt auf weitere Jahre hinaus zu verzögern und dafür einen Lärmaktionsplan zu fordern, von dem keine wirkliche Entlastung zu erwarten ist“. „Er sei „einigermaßen konsterniert“ und hoffe, dass sich nach der Landtagswahl 2013 die Sache etwas anders darstelle, sagte Beutel zum vermuteten Alleingang der Staatssekretärin.

„Von 1100 Kommunen im Land haben bis jetzt nur elf einen Lärmaktionsplan, warum braucht jetzt ausgerechnet Miedelsbach einen“, wunderte sich auch Thomas Berger, der sich mit dem Oberbürgermeister darin

einigt ist, dass bei soviel Durchgangsverkehr wie in Miedelsbach eine wirkliche Entlastung ohne Umfahrung nicht zu erreichen ist. „Alles andere ist den Bürgern Sand in die Augen gestreut und ist bürgerfeindlich“, sagte Matthias Klopfer an die Adresse der Grünen, die das naturgemäß anders sehen und wie Fraktionschef Werner Neher sogar der Meinung sind, dass es in Miedelsbach gar keine Mehrheit für eine Ortsumfahrung gibt: „Die große Mehrheit in Miedelsbach steht dieser Straße teilnahmslos gegenüber“, behauptete Neher. Was Matthias Klopfer so nicht stehen lassen wollte: „Nicht die Mehrheit ist dagegen, sondern die Grünen sind dagegen“, sagte er unter Verweis auf die Mehrheitsverhältnisse sowohl im Gemeinde- als auch im Ortschaftsrat. Wobei es, so der Oberbürgermeister, schon erstaunlich sei, dass die Schorndorfer Grünen offensichtlich schlauer seien als das grün-geführte Verkehrsministerium, das die Miedelsbacher Ortsumfahrung seinerzeit nach einem wissenschaftlich-transparenten Verfahren im Generalverkehrsplan als vorrangig eingestuft habe. Wobei es aus Sicht von Klopfer eine Selbstverständlichkeit ist, dass von Seiten der Stadt im weiteren Verfahren alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden (würden), die Straße so umweltverträglich wie möglich zu gestalten.

Max Klinger spricht von „grüner Kumpaneel“ und von „faulen Tricks“

„Der Landtagswahlkampf ist eröffnet“, kritisierte Werner Neher die Ausführungen des Oberbürgermeisters und er warf der Stadt vor, sie sei am Veto der Staatssekretärin insofern „selber schuld, als sie ein Verfahren vorgeschlagen hat, das die Einspruchsmöglichkeiten gegen das Projekt einschränkt.“ Im Übrigen könne der Oberbürgermeister nicht beweisen, dass da auf dem kleinen Dienstweg zwischen der Abgeordneten und der Staatssekretärin etwas gelaufen sei. „Das war kein Kniff, wir sind einfach ganz pragmatisch unterwegs“, verteidigte Matthias Klopfer das Angebot mit dem planfeststellungsersetzenden Bebauungsplanverfahren, das sich ja auch schon bei anderen Projekten bewährt habe. „Es geht doch nur darum: Wie verhindere ich eine Straße?“, warf im Gegenzug FDP/FW-Fraktionschef Peter Erdmann den Grünen

vor, verbunden mit einer klaren Ansage: „Auch wenn uns noch so viele Knüppel zwischen die Beine geworden werden, die Straße wird kommen.“ Zum Lärmaktionsplan sagte Erdmann: „Er kostet richtig Geld und bringt keine neuen Erkenntnisse.“ Zumal man sich über eine Tempo-30-Regelung für die gesamte Ortsdurchfahrt ohnehin einig sei. Von „politischer Kumpaneel“ bei den Grünen und von „faulen Tricks“ sprach CDU-Stadtrat Max Klinger, der den Grünen im Gemeinderat vorwarf, sie versuchten, einen sauber und demokratisch zustande gekommenen Mehrheitsbeschluss mit allen Mitteln zu kippen. Klingers Vorwurf: „Man lässt die Interessen der Bürger über die politische Klinge springen.“

Wattebällchen

■ „Wo bin ich da nur hingeraten?“, fragte sich während der aus ihrer Sicht „unmögliche“ Diskussion **Grünen-Stadträtin Andrea Sieber** und kritisierte „die Art und Weise, wie hier miteinander umgegangen wird“. Statt des sachlichen Austauschs von Argumenten bekomme sie nur Wahlkampfretorik zu hören, beschwerte sich Andrea Sieber.

■ Sehr zum Entsetzen des Oberbürgermeisters, der sich wunderte, dass sich ausgerechnet eine Grüne gegen politischen Streit wehre. **Bei jedem grünen Landesparteitag gehe es doch anders zu**, sagte Klopfer, für den klar ist: „Bei so einem Thema müssen Sie Kritik und auch emotionale Zwischenrufe aushalten.“ Schließlich gehe es bei diesem Thema weder um ein Doktorandenkolloquium noch um ein Mediationsverfahren, sondern um einen knallharten politischen Konflikt. „Das ist kein Thema, das sich zum Werfen von Wattebällchen eignet“, beschied Klopfer der Grünen-Stadträtin, deren Wortmeldung er so kommentierte: „Ich bin einigermaßen fassungslos.“